# Bildung, Forschung und Innovation

# Starker Bildungs- und Innovationsplatz mit klarer Aufgabenteilung

Ein effizientes Bildungs-, Forschungs- und Innovationssystem ist eine wesentliche Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung und den Wohlstand der Schweiz. Die SVP unterstützt eine qualitativ hochstehende Ausbildung, die sich auf die wirtschaftliche Realität der Berufswelt konzentriert. Forschung und Innovation sind in erster Linie eine Aufgabe der Privatwirtschaft – der Staat soll hier eine subsidiäre Rolle einnehmen und für gute Rahmenbedingungen sorgen.

**Judith Ricklin**
Primarlehrerin

**„Integrativer Unterricht und Zuwanderung belasten das Lernklima in den ohnehin schon sehr heterogenen Schulklassen. Immer mehr Pädagogen agieren in der Folge in einer Schulklasse, was entsprechende Unruhe erzeugt. Dies alles wirkt sich negativ aufs Klassenklima und Lernen aus. Es ist höchste Zeit, diese Experimente zu beenden."**

**Eine auf die Beschäftigung ausgerichtete Ausbildung**
Das Bildungssystem muss sich an der Realität der Arbeitswelt orientieren. Wenn mehr Ärzte, Informatiker, Ingenieure und Techniker benötigt werden, müssen diese in der Schweiz ausgebildet werden. Angesichts der Kritik von Wirtschaftsführern und Hochschulen an den mangelnden Grundkenntnissen der Volksschulabgänger müssen die Verantwortlichen dieser Schulstufe die Ausbildung wieder auf die Muttersprache, Mathematik und Naturwissenschaften fokussieren und auf ideologischen Unterricht wie Genderpolitik und Sexualkunde oder gar wirtschaftsfeindlichen Konsumenten- und Umweltschutz verzichten. Verhaltensauffällige und lernbehinderte Kinder mit Sonderschulstatus sollen nicht per se integriert, sondern auch in separaten Klassen unterrichtet werden können.

**Ohne Fleiss kein Preis**
Das Fordern muss die Grundlage des Schulalltags sein, denn die Realität in der Berufswelt ist Wettbewerb und das Streben nach guten Leistungen. Die Souveränität der Kantone für das Schulwesen (Primar- und Sekundarstufe I) ist einer der Grundpfeiler des Schweizer Bildungssystems. Die Kantone und damit die Bürgerinnen und Bürger müssen ihr Schulsystem nach den Regeln der direkten Demokratie wählen können. Die Lehrpläne der Kantone müssen klare und verbindliche Ziele vorgeben. Leistung und Qualität müssen auf allen Schulstufen gefordert und gefördert werden. Ohne Ordnung, Disziplin und Anstrengungsbereitschaft gibt es keinen schulischen Erfolg. Hausaufgaben fördern das Leistungsbewusstsein und bilden gleichzeitig eine essenzielle Brücke zwischen der Schule und den Eltern. Die Leistungen der Schüler müssen durch Noten und schriftliche Beurteilungen des Verhaltens bewertet werden. Die Zeugnisse müssen einfach, übersichtlich und für Eltern und Lehrbetriebe verständlich gestaltet sein.

**Berufslehre und technische Berufe stärken**
Durch die gezielte Förderung des dualen Systems sollen die Vorteile der Berufslehre stärker hervorgehoben werden und

dazu führen, dass in Zukunft wieder mehr Jugendliche eine praxisorientierte Berufslehre absolvieren. Die hohen Maturitätsquoten sind vor allem das Ergebnis einer Gleichmacherei und einer Nivellierung nach unten. Es ist weitgehend erwiesen, dass die Berufsbildung die beste Garantie gegen Jugendarbeitslosigkeit ist und das nützlichste Bindeglied zwischen Wirtschaft und öffentlicher Bildung darstellt. Die SVP bekämpft daher den aktuellen Trend, junge Menschen in die Universitäten zu drängen. Sie setzt sich auch dafür ein, dass beispielsweise darauf verzichtet wird, von Lehrern, Hebammen, Pflegenden sowie Kindergarten- und Primarschullehrern eine Masterausbildung zu verlangen. Auch Fachhochschulen sollten keine Doktortitel mehr verleihen.

**Forschung und Innovation: Streben nach Exzellenz**

Innovation ist der Treiber für wirtschaftliche Entwicklung. Die Schweiz mit ihren hohen Kostenstrukturen, dem kleinen Heimmarkt und fehlenden Rohstoffen, ist zwingend auf Innovation angewiesen und gilt daher als Innovationsweltmeisterin. Der Forschungs- und Innovationsplatz ist auf günstige Rahmenbedingungen angewiesen. In diesem Zusammenhang ist der Platz des Staates vor allem subsidiär. Diese Methode zahlt sich aus: Die Schweiz belegt in vielen internationalen Vergleichen einen Spitzenplatz oder gar eine Führungsposition, während die Privatunternehmen mehr als zwei Drittel der Ausgaben für Forschung und Entwicklung tragen.

**Universitäten: Technisches Wissen für die Besten**

Die Schweizer Universitäten und die Eidgenössischen Technischen Hochschulen müssen den Schwerpunkt auf die Vermittlung von theoretischem Wissen, auf wissenschaftliche Arbeit und Spitzenforschung legen. Die Studienangebote müssen sich stärker an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientieren. In dieser Hinsicht muss ein «Numerus Clausus» für Sozial- und Geistwissenschaft eingeführt werden. Die SVP will keine Massenuniversitäten, sondern fordert Spitzenuniversitäten für die besten Studenten. Angesichts der Bedrohungen durch extremistische Gruppierungen müssen die Universitäten ausserdem die Meinungsfreiheit von Studenten, Professoren und Referenten garantieren. Es ist nicht hinnehmbar, dass Vorlesungen wegen einer Minderheit von Studenten, die sich der Meinungsvielfalt widersetzen, abgesagt werden.

**Vernünftige internationale Zusammenarbeit**

Es ist nicht hinnehmbar, dass die Schweizer Steuerzahler die Ausbildung von Tausenden von ausländischen Studenten finanzieren, die nach Abschluss ihrer Ausbildung das Land verlassen und ihr Wissen in anderen Volkswirtschaften einsetzen. Daher müssen von ausländischen Studenten wesentlich höhere Universitätsgebühren verlangt werden. Die Schweizer Teilnahme an bürger- und wirtschaftsfernen EU-Bildungs- und Forschungsprogrammen müssen kritisch beurteilt und nicht um jeden Preis akzeptiert werden. Die Diversifizierung der wissenschaftlichen Partner muss eine übergeordnete Rolle spielen.

## Standpunkte

### Die SVP …

- setzt sich für ein qualitativ hochstehendes, effizientes und leistungsorientiertes Bildungswesen ein, das die Vermittlung von Bildung ins Zentrum stellt;
- fordert eine Abkehr vom einseitig integrativen Schulsystem;
- verteidigt die Hoheit und Eigenständigkeit der Kantone im Bildungswesen, namentlich an der Volksschule;
- fordert einen modernen, der Digitalisierung angepassten Schulunterricht und will gescheiterte Bildungsexperimente der letzten Jahre rückgängig machen (z. B. integrativer Unterricht oder lautgetreues Schreiben);
- kämpft gegen eine systematische Privilegierung von ausländischen Kindern und für eine Abkehr von der minimalistischen Nivellierung nach unten, lediglich zugunsten der schulisch Schwächsten;
- bekämpft das systematische und krankhafte Diagnostizieren von allfälligen Fehlentwicklungen bei Schulkindern, um diese staatlich zu fördern. Der Gesamtanteil an Förderunterricht ist zu reduzieren;
- fordert gewalt- und drogenfreie Schulen. Der Gewalt- und Suchtprävention in der Schule ist der notwendige Stellenwert einzuräumen;
- steht für politisch ausgewogenen Unterricht sowie die Vermittlung und den Erhalt von schweizerischen kulturellen Werten und Traditionen an den öffentlichen Schulen;
- will, dass die Maturaquote nicht künstlich erhöht wird und die Eintrittsprüfungen an Mittelschulen bestehen bleiben;
- setzt sich für die Stärkung der dualen Berufsbildung mit praxisbezogenem Fokus ein;
- fordert einen «Numerus Clausus» für Sozial- und Geisteswissenschaften für eine besser an der Wirtschaft und Wertschöpfung orientierten Studienlandschaft;
- setzt sich für Meinungsfreiheit an der Universität und für Meinungsvielfalt bei den Lehrkräften ein;
- begrüsst die Förderung von privaten Geldern bei den Lehrstühlen;
- fordert höhere Studiengebühren für ausländische Studenten;
- fordert periodische Überprüfungen und notwendige Anpassungen des Bolognasystems bezüglich der Abschlüsse, der Attraktivität und der Arbeitsmarktfähigkeit;
- verlangt Anreize für Studiendarlehen anstelle von Stipendien und will, dass bei Studienabbruch die Stipendien konsequent zurückgefordert werden;
- will den Ausbau der Fachhochschulen zu «kantonalen Universitäten» und damit Doppelspurigkeiten verhindern (keine Masterstudiengänge, keine Doktorarbeiten an Fachhochschulen);
- fordert, dass alle Dozenten, die an den Pädagogischen Hochschulen angehende Lehrer ausbilden, selbst mindestens drei Jahre als Klassenlehrer tätig waren;
- verlangt, dass private Bildungsträger, namentlich im Bereich der Weiterbildung, nicht staatlich konkurrenziert werden.

## Vorteile

### Das bringt mir:

- ✔ als Schüler und Student eine praxisnahe Ausbildung und gute Chancen im Arbeitsmarkt;
- ✔ als Eltern die Gewissheit, dass meine Kinder in der Schule auf die Herausforderungen des Berufslebens vorbereitet werden;
- ✔ als Lehrer die Möglichkeit, mich auf die Vermittlung von Wissen zu konzentrieren, statt mich mit administrativem Leerlauf abzumühen;
- ✔ als Lehrbetrieb Lehrlinge, die mit einem soliden Bildungsrucksack aus der Volksschule kommen;
- ✔ als Personalchef gut ausgebildete Berufsleute aus der Schweiz;
- ✔ als Steuerzahler, dass die Gelder zielgerichtet eingesetzt werden.